

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE ARBEITSLOSIGKEIT, BESCHÄFTIGUNG UND LOHNNIVEAU – WELCHE ÖKONOMIK IST RELEVANT?

FRIEDERIKE SPIECKER

Die Erklärung, wie Arbeitslosigkeit in großem Maßstab entsteht, wie sie beseitigt oder von vornherein verhindert werden kann, ist zentrale Aufgabe der Makroökonomik. Denn überall auf der Welt schaden mangelnde Beschäftigungsmöglichkeiten, entsprechend geringe Einkommen und reduzierte gesellschaftliche Teilhabe den Betroffenen selbst und den Gesellschaften, in denen sie leben, in vielerlei Hinsicht.

Wer über den Arbeitsmarkt eines Landes schreibt, begibt sich mit den aggregierten Größen Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Lohnniveau gedanklich zwangsläufig in das Schema von Angebot und Nachfrage. Das einfache mikroökonomische Marktmodell besagt, dass ein Angebotsüberschuss auf einem zu hohen, ein Nachfrageüberschuss auf einem zu niedrigen Preis beruht und der auf Wettbewerb fußende Preismechanismus Angebot und Nachfrage in Übereinstimmung bringt, so dass es zur Markträumung und damit zu einem Marktgleichgewicht kommt. Übertragen auf den gesamtwirtschaftlichen Arbeitsmarkt entsteht die These, Arbeitslosigkeit beruhe auf zu hohen Löhnen und könne durch Lohnsenkung oder zumindest zurückhaltende Lohnentwicklung bekämpft werden.

Die Rückwirkungen, die das Lohnniveau bzw. seine Veränderung auf den Rest der Volkswirtschaft, namentlich die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage hat, fehlen bei dieser simplen Übertragung des Marktmodells auf die Gesamtwirtschaft. Es ist das Verdienst der keynesianischen Schule, die Bedeutung der Löhne als Einkommensgröße und damit als Basis der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage hervorgehoben zu haben. Löhne sind immer beides: Kosten für Unternehmen und Einkommen für abhängig Beschäftigte. Deshalb kann über den Zusammenhang zwischen gesamtwirtschaftlicher Beschäftigungssituation und Lohnniveau nichts Sinnvolles ausgesagt werden ohne Berücksichtigung aller übrigen Bereiche der Volkswirtschaft.

Die herrschende Makroökonomik versucht, einer solchen umfassenden Sicht dadurch Rechnung zu tragen, dass sie gesamtwirtschaftliche Modelle verwendet, die neben dem Arbeits- auch den Güter-, Kapital- und Geldmarkt, teilweise auch das Ausland einbeziehen. Damit orientiert sie sich weiterhin am Marktschema.

DIE CETERIS-PARIBUS-KLAUSEL – GRENZE DER MIKROFUNDIERUNG DER MAKROÖKONOMIK

Wirtschaftssubjekte müssen sich in einer Marktwirtschaft an Rahmenbedingungen anpassen, die aufgrund exogener, aber auch systembedingter Veränderungen dem Wandel unterliegen. In der Mikroökonomik wird nach Erklärungen gesucht, wie sich ein Wirtschaftssubjekt anpasst. Insbesondere wird untersucht, wie sich das Verhalten des Wirtschaftssubjekts ändert, wenn die Rahmenbedingungen variiert werden.

Die wichtigste Voraussetzung für eine mikroökonomische Analyse ist, dass die Rahmenbedingungen, innerhalb derer das Wirtschaftssubjekt agiert, gegeben sind. Das ist die sogenannte Ceteris-Paribus-Klausel (übersetzt: im-Übrigen-ändert-sich-nichts-Annahme). Sie besagt,

dass das Verhalten des Wirtschaftssubjekts die Rahmenbedingungen selbst nicht verändert, also nicht auf sie zurückwirkt. Die Begründung ist, dass die Aktivitäten eines einzelnen Wirtschaftssubjekts nur einen winzigen Anteil an der Gesamtwirtschaft ausmachen. Daher sind Rückwirkungen vernachlässigbar, ohne dass die gewonnenen mikroökonomischen Erkenntnisse wegen dieser minimalen Unschärfe verfälscht würden.

*„Löhne sind immer beides:
Kosten für Unternehmen
und Einkommen für
abhängig Beschäftigte.“*

Wird das Verhalten eines einzelnen Wirtschaftssubjekts jedoch auf einen ganzen Sektor übertragen, gilt die Ceteris-Paribus-Klausel nicht mehr. Denn nun ändern

sich die Rahmenbedingungen durch Anpassungen des Sektors wegen seines nicht zu vernachlässigenden Gewichts innerhalb der Gesamtwirtschaft. Erklärungsmuster für einzelwirtschaftliches Verhalten taugen deshalb zur Begründung gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen nicht.

Eine Untersuchung der aggregierten Größen einer Volkswirtschaft muss die wechselseitige Beeinflussung der Akteure berücksichtigen. Das bedeutet, dass es auf den gedanklich konstruierten gesamtwirtschaftlichen „Märkten“ keine stabilen, voneinander unabhängigen Angebots- und Nachfragekurven gibt, wie sie das mikroökonomische Marktmodell unterstellt. Denn die Ceteris-Paribus-Klausel gilt auf der Makroebene nie. Daher ist es nicht sinnvoll, den Preismechanismus mit seiner Tendenz, einen Markt ins Gleichgewicht zu bringen, zur Erklärungsbasis gesamtwirtschaftlicher Zu-

sammenhänge zu machen. Ja, die Einteilung einer Volkswirtschaft in vier gesamtwirtschaftliche Märkte selbst ist fragwürdig. Denn wie soll sie die gesamtwirtschaftliche Analyse voranbringen, wenn auf dem jeweiligen „Markt“ *aus logischen Gründen* keine stabilen Zusammenhänge in Form von Angebots- und

ein Modell gesamtwirtschaftlicher „Märkte“ überhaupt erfassen kann.

Das heißt nicht, in der Volkswirtschaft gäbe es keine Marktstrukturen oder ließen sich einzelwirtschaftliche Verhaltensweisen mit dem Marktmodell nicht gut begründen. Es wird nur die Mikrofundierung

Warum greift die herrschende Makroökonomik trotzdem auf diesen Modelltyp zurück? Es gibt eine inhaltliche und eine technische Antwort. Zum einen spiegelt die Marktgleichgewichtsannahme die Vorstellung wider, eine Marktwirtschaft sei ein aus sich selbst heraus stabiles System. Alle Missstände wie etwa Arbeitslosigkeit sind dann letzten Endes nicht systembedingt, sondern beruhen auf Marktunvollkommenheiten, Eingriffe von außen, namentlich von Seiten des Staates, oder auf exogenen Störungen. Sollen sie abgestellt werden, müssen dementsprechend nicht marktbedingte Fehlentwicklungen bekämpft werden, sondern für mehr Wettbewerb gesorgt, staatliche Eingriffe auf den Prüfstand gestellt und die Rahmenbedingungen so marktkonform wie möglich gestaltet werden. Dann können, so die Hoffnung, auch exogene Störungen besser verarbeitet werden.

„Erklärungsmuster für einzelwirtschaftliches Verhalten taugen [...] zur Begründung gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen nicht. [...] Denn die Ceteris-Paribus-Klausel gilt auf der Makroebene nie.“

Nachfragekurven vorliegen können, anhand derer sich Aussagen über das Verhalten aggregierter Größen ableiten lassen?

Mathematisch gesprochen: Sobald die Variable ‚Lohn‘ verändert wird, verschieben sich die Gedankenkonstrukte ‚gesamtwirtschaftliche Arbeitsnachfragekurve‘ und ‚gesamtwirtschaftliche Arbeitsangebotskurve‘ sofort mit. Das bedeutet aber, dass es sie in der Realität wegen der gesamtwirtschaftlichen Rückkoppelungen nicht gibt. Daher kann nicht einmal

der Makroökonomik, wie man das Unterfüttern gesamtwirtschaftlicher Theorien mit einzelwirtschaftlichen Theorien bezeichnet, hinterfragt. Sie muss aus Gründen der Logik dort enden, wo die Voraussetzungen der mikroökonomischen Theorien durch die Übertragung auf gesamtwirtschaftliche Aggregate nicht mehr gegeben sind.

GLEICHGEWICHTS-MODELLE SCHLIESSEN SYSTEMIMMANENTE INSTABILITÄT AUS

Zum anderen bestechen dynamische Gleichgewichtsmodelle durch ihre scheinbar objektive mathematische Gestalt und dadurch, dass sie überschaubare Ergebnisse für die kurze, mittlere und lange Frist liefern. Der Cartoon in *Abbildung 1* veranschaulicht das ironisierend: Der gewählte Lösungsansatz geht am Problem vorbei.

INFORMATION

Mikrofundierung der Makroökonomik:

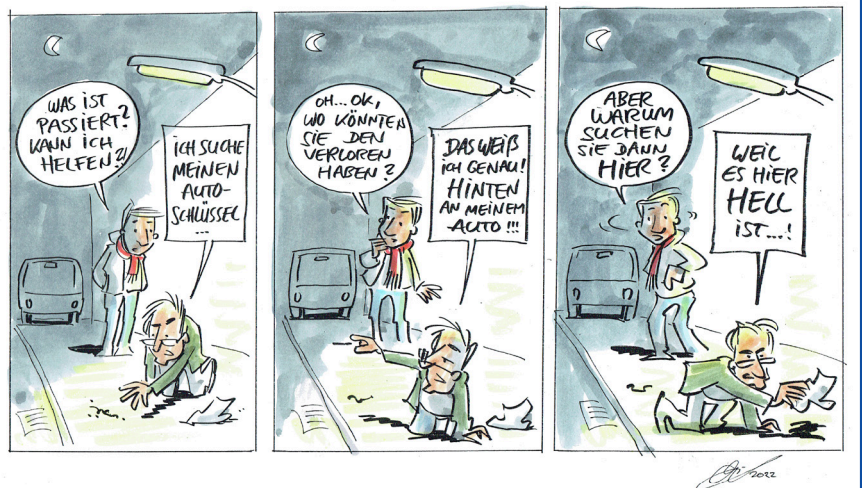
Darunter versteht man das Ableiten des „Verhaltens“ ganzer Sektoren (z.B. des Unternehmenssektors) aus dem Verhalten eines einzelnen Repräsentanten des jeweiligen Sektors. Aus dem Gewinnmaximierungsstreben eines Unternehmens kann etwa geschlussfolgert werden, wie es auf die Steigerung des Preises eines Produktionsfaktors reagiert: Es versucht, ihn durch andere Faktoren (teilweise) zu ersetzen und / oder je nach Marktlage die gestiegenen Kosten im Preis seines Produktes an die Kunden weiterzugeben.

Eine Übertragung auf die gesamtwirtschaftliche Ebene führt zu der Vorstellung, dass steigende Lohnkosten einen vermehrten Einsatz von Maschinen und die Entlassung von Arbeitskräften und / oder Inflation zur Folge haben. Die Hinfalligkeit der Ceteris-Paribus-Klausel steht jedoch dieser Übertragung mikroökonomischer Erkenntnisse auf die Makroebene eindeutig entgegen.

Es fehlt also an einer stichhaltigen Begründung, gesamtwirtschaftliche Modelle als *gleichgewichtige Marktmodelle* anzulegen. Auch ausgefeilte dynamische Anpassungsschleifen, die vorübergehende Abweichungen vom Gleichgewicht zulassen, können die Begründungslücke nicht schließen. Denn Gleichgewichtsmodelle geben von ihrer Grundkonstruktion her zwingend vor, dass sich irgendwann ein Gleichgewicht einstellt, so dass die Anpassungsprozesse nur entsprechend eingeschränkt modelliert werden können: Sie müssen auf Dauer zum alten oder einem neuen Ruhepunkt des Modells führen.

Sobald dynamische Modelle nämlich *ohne* Gleichgewichtsannahme aufgestellt werden, wird die Entwicklung der modellierten Größen unbestimmt: Sie können direkt oder oszillierend explodieren und keinen gleichgewichtigen Zustand anstreben (*Abbildung 2*). Zudem reagieren sie empfindlich auf die unterstellte Größenordnung von Parametern. Ein Ansatz, der die Dynamik potenziell ungleichgewichtiger Zusammenhänge zu erfassen versucht, kann daher quantitative Aussagen, wenn überhaupt, nur für relativ kurze Zeiträume treffen, also nichts Verlässliches über die mittlere oder gar lange Frist prognostizieren.

ABB. 1: „ERLEUCHTUNG“, DIE NICHT WEITERHILFT



© by Michael Hüter

die allgemeine Aussage getroffen werden, dass Lohnsenkungen überhaupt zu einer Verringerung von Arbeitslosigkeit führen. Mit anderen Worten: Das Zusammenspiel zwischen gesamtwirtschaftlichem Lohnniveau und gesamtwirtschaftlicher Arbeitsnachfrage ist viel komplexer, als es

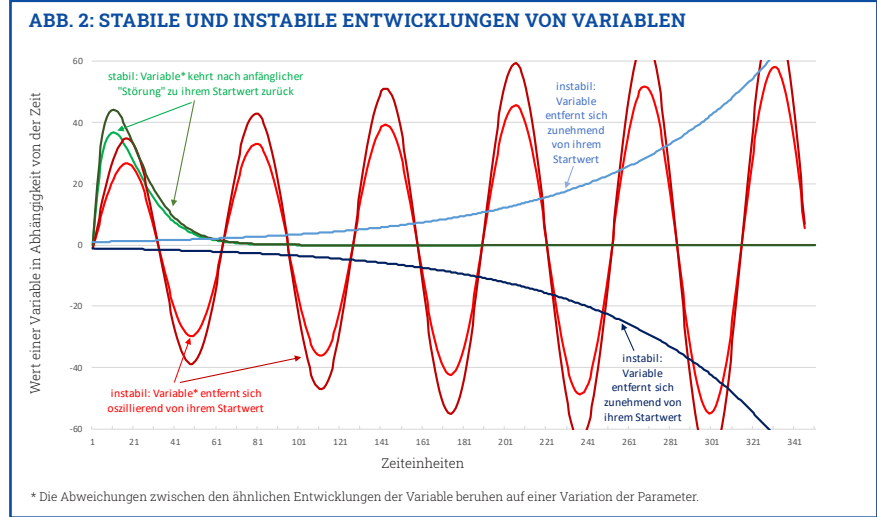
Dass es in der ökonomischen Realität keine Größen gibt, die auf Dauer „explodieren“, ist kein Argument für dynamische Gleichgewichtsmodelle. Denn es ist ein großer Unterschied, ob ein System aus sich heraus wieder in ein Gleichgewicht findet oder ob das auf Umstände zurückzuführen ist, die auf Eingriffen in das System von außen beruhen. Prominentes Beispiel: Eine sich beschleunigende Inflation kann nicht durch das einzelwirtschaftliche Verhalten aller Wirtschaftssubjekte wieder gebändigt werden – im Gegenteil, das einzelwirtschaftliche Rationalverhalten heizt sie immer weiter an, wenn die Preissteigerung erst einmal an Fahrt aufgenommen hat. Denn aus Angst vor weiter und schneller steigenden Preisen versucht sich jeder zu bevorraten, gibt also sein Geld möglichst rasch wieder aus, um es in Sachwerte anzulegen. Das aber genau befördert die Beschleunigung der Inflation, weil das reale Angebot nicht so schnell ausgedehnt werden kann, wie die nominale Nachfrage insgesamt steigt. Dagegen helfen nur bewusste Eingriffe von außen durch die Geld- und Lohnpolitik.

Darüber hinaus haben alle dynamischen Gleichgewichtsmodelle ein weiteres gravierendes Problem, wenn sie zur Politikberatung genutzt werden: Die verwendeten Modellparameter werden anhand von Da-

„Es fehlt also an einer stichhaltigen Begründung, gesamtwirtschaftliche Modelle als gleichgewichtige Marktmodelle anzulegen.“

ten geschätzt, die nach Lage der Dinge praktisch ausschließlich aus Ungleichgewichtszuständen stammen. Wird in einem Modell etwa die Sparneigung der privaten Haushalte benötigt, kann man sie zwar anhand der Daten aus den letzten zwanzig Jahren als Durchschnitt berechnen. Aber damit bezieht man Ereignisse wie die Finanzkrise 2008/2009 und die Corona-Pandemie 2020/2021 mit ein, die das Sparverhalten der Menschen nicht unberührt gelassen haben dürften und sicher nicht als „Gleichgewichtszustände“ angesehen werden können. Der so ermittelte Wert für die Sparneigung wird aber für die Berechnung eines langfristigen Modellgleichgewichts benutzt – ein Widerspruch in sich.

Wie man es auch dreht und wendet: Man schätzt die Parameter für ein Gleichgewichtsmodell anhand von Daten, denen man Gleichgewichtscharakter unterstellt, den sie nicht durchgehend oder überhaupt nicht haben – ein entscheidendes Manko, das in der breiten Öffentlichkeit kaum diskutiert wird. Denn für wirtschaftspolitisch interessierte Laien verschwindet es hinter Bergen von mathematischen Zeichen und ökonomischen Fachbegriffen; und für Fachleute, die sich tief in die Materie eingearbeitet haben, würde eine kritische Dis-



© eigene Darstellung

kussion dieses Mankos die Gefahr bergen, das eigene Fachwissen zu entwerten.

In der herrschenden Makroökonomik ist selbstverständlich bekannt, dass am deutschen Arbeitsmarkt wie in vielen anderen Ländern ausweislich von Millionen von Arbeitslosen seit langem kein „markträumendes“ Gleichgewicht herrscht. Es wird daher nach Hindernissen auf dem Weg zum markträumenden Gleichgewicht gesucht: unvollständige Information, Informations-

änderung genau einer speziellen Hindernisänderung zuzuschreiben. Denn in der Zwischenzeit hat sich bereits vieles andere in der Wirtschaft ebenfalls gewandelt, was daher auch als Ursache für eine Verbesserung oder Verschlechterung der Beschäftigungslage in Frage käme.

Prominentes Beispiel: die Einführung eines Mindestlohns in Deutschland. Im Vorfeld wurde von bekannten Volkswirten prognostiziert, wie viele Millionen Arbeitsplätze dieser Lohnerhöhung am unteren Rand des Einkommensspektrums zum Opfer fallen würden. Als dies de facto nicht eintrat, sondern sich die Beschäftigungslage sogar noch verbesserte, wurde die Fehlprognose damit „entschuldigt“, dass eben die Konjunktur wesentlich besser gelaufen sei, so dass der negative Effekt der Mindestlohneinführung überkompensiert worden sei. Ob die durch die Mindestlohneinführung steigenden Masseneinkommen ihrerseits Einfluss auf die Konjunktur genommen hatten, wurde nicht weiter diskutiert.

Die herrschende Makroökonomik behilft sich hier mit ausgefeilten ökonometrischen Filter-Methoden, um die verschiedenen Theorien für das jahrelange Nicht-Erreichen von Vollbeschäftigung zu überprüfen und die aus ihnen gezogenen wirtschaftspolitischen Schlüsse zu beurteilen.

PLURALISMUS DER ERKLÄRUNGSANSÄTZE – BELIEBIGKEIT DER MASSNAHMEN

Das Ergebnis der Hindernissuche ist ein breites Spektrum verschiedener, mehr oder weniger unverbunden nebeneinanderstehender mikroökonomischer und/oder institutioneller Erklärungsansätze, ohne dass einige wenige oder gar nur einer davon als Favorit für die Erklärung der Entstehung oder des Abbaus makroökonomisch relevanter Arbeitslosigkeit gelten könnte. Aus dieser Not macht das Fach eine Tugend, ge-

nannt „Pluralismus“: Es gibt eben viele Ursachen für Arbeitslosigkeit und damit auch viele Theorien, die jede für sich einen kleinen Erklärungsbeitrag zum großen Ganzen beisteuert.

Entsprechend ergibt sich ein Potpourri wirtschaftspolitischer Handlungsempfehlungen, die von Qualifikations- und Vermittlungsoffensiven der Jobcenter, über Sozialabgabenreduktion für sogenannte Mini- und Midijobs bis hin zu Lohnsubvention, Runden Tischen und einer Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen für Sozialtransfers etc. reichen. Die meisten Ratschläge zielen getreu der marktorientierten Grundvorstellung auf eine „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarktes ab.

Der Nachteil dieses wirtschaftswissenschaftlichen Pluralismus: Wenn die ergriffenen Maßnahmen nicht zum gewünschten Ergebnis führen, hatten eben andere Ursachen als die mit den Maßnahmen bekämpften einen höheren Anteil an der herrschenden Arbeitslosigkeit oder haben

neue Belastungen auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen. Die plurale Mischung der Erklärungen immunisiert dagegen, eine Maßnahme als wirkungslos oder gar schädlich zu qualifizieren. Auch die Frage, ob sich verschiedene Maßnahmen widersprechen oder gegenseitig verstärken, bleibt auf diese Weise weitgehend ungeklärt.

Das leistet einem Feld der Beliebigkeit Vorschub, das zwar für viele Forschende kleine Parzellen bietet, auf denen sie sich als Spezialisten betätigen können, das aber die Wirtschaftspolitik mit ihrer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung ratlos zurücklässt. Und so sind handfesten Lobbyinteressen Tür und Tor geöffnet.

AUSWEGE

Die wichtigsten Eigenschaften einer Marktwirtschaft, die gesamtwirtschaftliche Analysen berücksichtigen müssen, sind die wechselseitigen Abhängigkeiten der Aggregate und die daraus folgende, system-

aufstellt. Denn genau diese extremen Entwicklungen führen zu großen Beschäftigungsveränderungen.

Eine adäquate gesamtwirtschaftliche Analyse folgt nicht der Marktlogik, sondern der Einnahmen-Ausgaben-Logik, wonach die Summe aller Einnahmen in einer Volkswirtschaft jederzeit gleich der Summe aller Ausgaben ist. Sie orientiert sich dabei an den vier Sektoren private Haushalte, Unternehmen, Staat und Ausland.

Am Beispiel der Löhne: Werden die Löhne als Reaktion auf einen konjunkturellen Abschwung und steigende Arbeitslosigkeit im Durchschnitt gesenkt oder weniger gesteigert, als es die goldene Lohnregel vorsieht, sinkt *unmittelbar* die Nachfrage der privaten Haushalte bzw. steigt *unmittelbar* unzureichend. Unzureichend in dem Sinn, dass die durch Investitionen steigende Arbeitsproduktivität und damit zunehmenden Produktionsmöglichkeiten nicht genügend ausgelastet werden. Das senkt die Einnahmen der Unternehmen bzw. lässt

INFORMATION

Produktivitätsorientierte Lohnpolitik („Goldenen Lohnregel“): Bei hinreichend starkem Wettbewerb auf den Gütermärkten sehen sich die Unternehmen gezwungen, die Angebotspreise ihrer Produkte an die Entwicklung der Stückkosten anzupassen, wobei eine Gewinnmarge enthalten ist.

Das Preisniveau einer Marktwirtschaft steigt aber nicht in dem Maße, wie sich die Löhne verändern, sondern in dem Maße, wie sich die **Lohnstückkosten** verändern. Denn wenn die Arbeitsproduktivität steigt, kann mit dem gleichen Arbeitseinsatz mehr produziert werden. Dann würden die Lohnstückkosten bei gleichbleibenden Löhnen sogar sinken. Nehmen die Löhne in gleichem Umfang zu wie die Arbeitsproduktivität, bleiben die Lohnstückkosten konstant. Steigen die Löhne in Höhe der Zielinflationsrate der Zentralbank (in der EWU sind das 2 Prozent) stärker als die Arbeitsproduktivität, müssen diese höheren Kosten auf Dauer in den Güterpreisen weitergegeben werden. Sonst machen die Unternehmen langfristig Verluste und gingen schließlich pleite. Daher nimmt das Preisniveau der Volkswirtschaft durchschnittlich in Höhe der Zielinflationsrate zu.

Die goldene Lohnregel besagt also: Die Steigerungsrate des durchschnittlichen Lohns sollte so vereinbart werden, dass sie die Summe aus der erwarteten Steigerungsrate der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität und aus der Zielinflationsrate der Zentralbank darstellt.

„Die wichtigsten Eigenschaften einer Marktwirtschaft, die gesamtwirtschaftliche Analysen berücksichtigen müssen, sind die wechselseitigen Abhängigkeiten der Aggregate und die daraus folgende, systemimmanente Dynamik.“

immanente Dynamik. Der Ökonom Joseph Schumpeter (1883-1950) liefert mit seiner als „Prozess schöpferischer Zerstörung“ bezeichneten Investitionstheorie eine mikroökonomisch fundierte Begründung, weshalb eine Marktwirtschaft aus sich selbst heraus dauernd in Bewegung ist und eben nicht automatisch aus sich heraus zu einem Gleichgewicht tendiert: Auf der wettbewerbsbedingten Suche nach technischen Neuerungen verändern sich einzelne Arbeitsplätze, Unternehmen und ganze Branchen laufend.

sie weniger steigen, als die Unternehmen für die durch die Investitionstätigkeit realisierte Kapazitätserhöhung erwartet haben. Eine *sofortige* Anpassung des Unternehmenssektors an niedrigere Löhne im Sinne einer Beschäftigungsausweitung, die die gesamtwirtschaftliche Lohnsumme konstant halten oder sogar steigern könnte, findet deshalb nicht statt. Schließlich ist die konjunkturelle Ausgangslage annahmegemäß schlecht und erhalten die Unternehmen in der ersten Anpassungsrunde eindeutig negative Absatzsignale. Um eine

„Eine adäquate gesamtwirtschaftliche Analyse folgt nicht der Marktlogik, sondern der Einnahmen-Ausgaben-Logik, wonach die Summe aller Einnahmen in einer Volkswirtschaft jederzeit gleich der Summe aller Ausgaben ist.“

Kombiniert mit dem parallelen Anpassungsverhalten der Wirtschaftssubjekte an solche Veränderungen können daraus sich selbst verstärkende Prozesse entstehen, die keine Grenze nach oben und nach unten kennen, solange nur einzelwirtschaftlich agiert wird. Das heißt, eine sich selbst überlassene Marktwirtschaft ist potenziell instabil. Will man ihre unbestreitbaren Vorteile, die in ihrem Anreizsystem zu Innovationen liegen, zum Wohle aller nutzen, muss der Staat gesamtwirtschaftliche Verantwortung übernehmen, indem er Leitplanken gegen eine überbordende und eine abstürzende Wirtschaftsentwicklung

Abwärtsspirale zu verhindern, muss daher der Staat mit anregender Fiskalpolitik und expansiver Geldpolitik (Senkung der Leitzinsen) dagegehalten.

Umgekehrt können im Fall einer anziehenden Konjunktur die Lohnabschlüsse im Schnitt über der Summe aus Produktivitätswachstums- und Zielinflationsrate liegen, weil die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer stärker wird. Das schlägt sich in unerwünscht steigenden Inflationsraten nieder, die der Staat durch eine restriktive Geld- und Fiskalpolitik verhindern kann und muss.